

Öffentliches Protokoll Sitzung des Planungsausschusses

Sitzungstermin: Dienstag, 12.03.2024

Sitzungsbeginn: 18:30 Uhr Sitzungsende: 20:45 Uhr

Ort, Raum: Ratssaal des Rathauses (barrierefrei), Rathausplatz 3-5, 22880 Wedel

Anwesend

Vorsitz

Gerrit Baars SPD

Mitglieder

Torben Wunderlich CDU Vertretung für: Johanna

Bergstein

Jochen Peter Lüchau CDU

Sabine Zedler CDU ab 18:45 Uhr

Alina Schultz CDU

Petra Goll Bündnis 90 / Die Grünen Tobias Kiwitt Bündnis 90 / Die Grünen Willibald Ulbrich Bündnis 90 / Die Grünen

Lars-Arne Klintworth SPD Angela Drewes WSI

Klaus Koschnitzke FDP ab 18:35 Uhr

Umweltbeirat

Bianka Sievers Umweltbeirat

Jugendbeirat

Karolin Büßer Jugendbeirat Merlin Tschamper Jugendbeirat

<u>Seniorenbeirat</u>

Gabriele Winter Seniorenbeirat

Verwaltung

Karl-Heinz Grass Fachdienstleitung 2-61
Katrin Matthies Protokollführung

Constanze Kurzhals Fachdienst 2-61 Zu TOP 4 bis 6

Abwesend

Vorsitz

Johanna Bergstein CDU entschuldigt

Gäste:

- 2 Einwohner*innen
- 2 Vertreter*innen der örtlichen Presse
- 1 Ratsfrau

Zu TOP 4: Herr Voß Vostra Immobilien Herr Straube Vostra Immobilien Herr Springer Büro Elbberg

Der Vorsitzende begrüßt die Anwesenden, stellt die ordnungs- und fristgerechte Ladung sowie die Beschlussfähigkeit des Gremiums fest und eröffnet die Sitzung.

Es liegen keine Änderungswünsche zur Tagesordnung vor.

Die Gremiumsmitglieder beschließen einstimmig den Ausschluss der Öffentlichkeit für die Beratung der nichtöffentlichen Tagesordnungspunkte.

Damit kann die Tagesordnung in der nachstehenden Reihenfolge beraten werden:

Tagesordnung

Öffentlicher Teil

Offentlicher Teil			
1	Einwohnerfragestunde		
1.1	Antworten der Verwaltung zu vorangegangenen Fragen		
1.2	Aktuelle Fragen der Einwohner*innen		
2	Anhörung der Beiräte		
3	Öffentlicher Teil des Protokolls der Sitzung vom 06.02.2024		
4	Präsentation des Sachstandes Wohnbauprojekt Im Winkel		
5	Einvernehmen nach dem BauGB hier: Rissener Straße 110 - Nutzungsänderung Verkaufsfläche zu Self-Storage	BV/2024/012	
6	Rückmeldungen der Fraktionen zum Entwurf des Lärmaktionsplans Runde IV		
7	Städtebauliche Sanierungsmaßnahme "Stadthafen Wedel"		
7.1	Mündlicher Sachstandsbericht der Verwaltung		
8	Öffentliche Mitteilungen und Anfragen		
8.1	Bericht der Verwaltung		
8.2	Anfragen der Politik		
8.3	Sonstiges		
Nichtöffentlicher Teil			

9	Nichtöffentlicher Teil des Protokolls der Sitzung vom
	06.02.2024

- 10 Nichtöffentliche Mitteilungen und Anfragen
- 10.1 Bericht der Verwaltung
- 10.2 Anfragen der Politik
- 10.3 Sonstiges

Öffentlicher Teil

11 Unterrichtung der Öffentlichkeit

Seite: 3/8

Öffentlicher Teil

1 Einwohnerfragestunde

1.1 Antworten der Verwaltung zu vorangegangenen Fragen

Es liegen keine vorangegangenen nicht beantworteten Fragen vor.

1.2 Aktuelle Fragen der Einwohner*innen

Es werden keine Fragen gestellt.

2 Anhörung der Beiräte

Der Jugendbeirat hat sich Gedanken zur Situation der Sanitäranlagen im Hafenbereich gemacht. Nach 22 Uhr seien alle Anlagen geschlossen, gerade im Sommer würden sich in dem Bereich jedoch noch viele Menschen aufhalten. Es wird daher angeregt, bis zur Fertigstellung der Hochbauten auf der Ostpromenade eine Übergangslösung, z.B. mit einem Dixie-Klo, zu schaffen.

Der Seniorenbeirat hat nichts zu berichten.

Der Umweltbeirat erinnert an die Veranstaltung zur biologischen Vielfalt am 17.04.2024 mit Herr Prof. Dr. Glaubrecht. Die nächste Veranstaltung ist am 12.06. mit Dr. Sonntag geplant.

3 Öffentlicher Teil des Protokolls der Sitzung vom 06.02.2024

Es sind keine Anmerkungen zum Protokoll eingegangen, das in der vorliegenden Form zur Kenntnis genommen wird.

4 Präsentation des Sachstandes Wohnbauprojekt Im Winkel

Herr Springer stellt sich und das Planungsbüro Elbberg vor. Herr Voß gibt einen kurzen Überblick über den Werdegang der Vostra GmbH, die ihre Wohnungen nicht für den Verkauf als Eigentumswohnungen herstellt, sondern als Mietobjekte im Bestand hält. Im Anschluss erläutert Herr Springer anhand einer Präsentation das Projekt Im Winkel "und" die Entwicklung der Planung in den letzten 13 Monaten. Die Präsentation ist im Bürgerinformationssystem als Anlage zur Sitzung hinterlegt.

Der Seniorenbeirat fragt, ob die bestehende Wegeverbindung für die Öffentlichkeit erhalten bleibt.

Herr Springer bestätigt, dass beabsichtigt ist, über ein Geh- und Fahrrecht im Bebauungsplan zugunsten der Allgemeinheit die Wegeverbindung zu erhalten.

Die WSI-Fraktion möchte wissen, ob die vorgesehenen Mobilitätsangebote wie Abstellplätze für Lastenräder und Ladesäulen zu Lasten der jetzt eingeplanten Stellplätze gingen oder ob hierfür zusätzliche Flächen vorgesehen seien.

Herr Springer macht deutlich, dass dies auf den nun vorgesehenen Stellplätzen geplant sei. Dabei müsse aber berücksichtigt werden, dass davon ausgegangen werden kann, dass ein Car-Sharing-Auto drei private KFZ ersetzen könne.

Der CDU-Fraktion ist bekannt, dass derzeit keine neuen Förderanträge für sozialen Wohnungsbau gestellt werden können und daher keine genaue Aussage zu den Förderwegen gemacht werden kann. Dennoch würde man gerne wissen, welche Förderwege der Vorhabenträger bevorzugen würde.

Herr Voß möchte gerne Wohnungen in allen drei Förderwegen errichten um viele Einkommensstrukturen anzusprechen. Der genaue Anteil ist aber noch nicht definiert. Herr Grass ergänzt, dass auf diese Weise auch eine gute Durchmischung erreicht werden kann.

Frau Römer möchte wissen, ob das Dach der Tiefgarage für die Anwohner bespielbar wäre, z.B. mit einer Sandkiste.

Herr Springer erläutert, dass aus bautechnischen Gründen die Tiefgarage aus dem Gelände herausstehen muss. Das Dach soll begrünt, bepflanzbar und nutzbar werden, z.B. auch durch Freisitze für die Erdgeschosswohnungen.

Die WSI-Fraktion fragt, ob auch die freifinanzierten Wohnungen im Staffelgeschoss Mietwohnungen sein werden. Herr Springer bekräftigt, dass alle Wohnungen im Bestand gehalten werden sollen. Die höheren Mieten im Staffelgeschoss trügen dann zur Gesamtfinanzierung der des Projektes bei.

Die FDP-Fraktion findet das Projekt insgesamt sehr gut, es sei jedoch unglücklich, dass in dem Gebiet Parkplätze entfallen werden, die Parksituation dort sei heute schon eine Katastrophe. Es wird angeregt, über eine Verschiebung der Tiefgarageneinfahrt nachzudenken, um eventuell Bäume zu erhalten.

Der Seniorenbeirat kritisiert, dass sehr viele kleinere Wohnungen in der neuen Planung entfallen sind. Auch viele Senioren seien nicht vermögend und auf kleine, barrierefreie Wohnungen angewiesen. Man sollte bedenken, dass ein Drittel der Wedeler Bevölkerung Senioren seien.

Die Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen bittet darum, Photovoltaik auf den Dachflächen zu berücksichtigen und zu überlegen, ob die Stellplätze damit überdacht werden könnten. Auch sei fraglich, wie es weitergehe, wenn ein Gutachten über die Bäume vorliege und diese als erhaltenswert beurteilt werden.

Herr Springer weist darauf hin, dass man sich in enger Abstimmung mit den zuständigen Stellen befinde und die Baumschutzsatzung bekannt ist. Wenn es soweit ist, werden Lösungen wie z.B. Wurzelvorhänge bei der Umsetzung des Projektes gefunden werden. Die Einfahrt zur Tiefgarage soll so liegen, dass die Bäume möglichst nicht tangiert werden, zunächst müsse jedoch geklärt werden, wie vital die dortigen Bäume sind und ob sie während der Bauphase besonders geschützt werden müssen.

Herr Grass ergänzt, dass bei der Anlage der neuen Stellplätze auch neue Baumpflanzungen geplant sind. Die überplante Fläche ist auch jetzt bereits zum größten Teil (Garagenhof) versiegelt. Die Kastanien zur Straße werden untersucht, aber insgesamt wird auf dem Gelände eine neue städtebauliche Qualität geschaffen, z.B. im Bereich des öffentlichen Durchgangs. Auch wenn einige Parkplätze in der Gesamtberechnung entfallen werden und der Baukörper nicht unerheblich sei, werde dafür geförderter Wohnraum geschaffen, auch dringend benötigte größere Wohnungen. Aus Sicht der Verwaltung überwiegen die Vorteile des geplanten Projektes.

Die FDP-Fraktion stimmt grundsätzlich zu, bittet jedoch darum, die bestehenden Bäume so weit wie möglich zu schützen, da Neuanpflanzungen diese nicht ersetzen könnten. Die CDU-Fraktion weist auf die Gruppe "Wedel im Wandel" hin und regt an, bezüglich der

Car-Sharing Überlegungen Kontakt aufzunehmen.

Die Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen möchte wissen, ob beim Einsatz der Baumaterialien auch der Gedanke der Kreislaufwirtschaft eine Rolle spielen wird und auch über Recyclingbeton nachgedacht wird.

Herr Straube kann für dieses konkrete Bauvorhaben noch keine Aussage dazu treffen. Das oberste Geschoss soll eine Holzfassade bekommen. Recyclingbeton sei am Markt kaum zu bekommen und viele Baufirmen würden wegen der Sorge vor den unklaren Gewährleistungsansprüchen die Verwendung ablehnen. Die Bauwirtschaft sei bei diesen großen Themen noch nicht ausreichend weit.

Die SPD-Fraktion freut sich die Aussicht auf neue geförderte und gerade auch größere Wohnungen. Bei anderen Bauvorhaben seien vorwiegend kleinere geförderte Wohnungen entstanden. Herr Grass weist als Beispiel auf das Projekt von Bonava an der Rissener Straße hin.

Der Vorsitzende dankt den Gästen.

Herr Grass skizziert den weiteren Zeitplan. In der nächsten Sitzung des Planungsausschusses werden die Rückmeldungen der Fraktionen zu der heutigen Präsentation abgefragt und anschließend an die Investoren weitergegeben. Sobald die notwendigen Kostenübernahmeverträge unterzeichnet seien, könnte mit dem Aufstellungsbeschluss mit dem Bebauungsplanverfahren begonnen werden. Bei einem optimalen Verlauf ohne Verzögerungen könnte nach gut einem Jahr der Rat den Satzungsbeschluss fassen.

5 Einvernehmen nach dem BauGB

hier: Rissener Straße 110 - Nutzungsänderung Verkaufsfläche zu Self-Storage

BV/2024/012

Die WSI-Fraktion möchte wissen, wie die Zugangszeiten zu der Anlage geplant sind. Frau Kurzhals erläutert, dass derzeit 6:00 bis 22:00 Uhr vorgesehen sei. Es handele sich nicht um den gleichen Anbieter wie bei der Planung auf dem Possehl-Gelände, Eigentümer ist Knutzen.

Beschluss:

Der Planungsausschuss beschließt, das Einvernehmen der Gemeinde gemäß §§ 31 und 36 Abs. 1 BauGB für die Nutzungsänderung Verkaufsfläche zu Self - Storage in der Rissener Straße 110 in Wedel zu erteilen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig

11 Ja / 0 Nein / 0 Enthaltung

6 Rückmeldungen der Fraktionen zum Entwurf des Lärmaktionsplans Runde IV

Die Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen findet die aufgeführten Maßnahmen gut durchdacht, allerdings sei vermutlich die Umsetzung ein Problem. Auch aus der vorherigen Runde seien viele Planungen nicht umgesetzt worden, was allerdings auch an teilweise veränderten Bedingungen liege. Die Fraktion hat einige Anregungen und Anmerkungen, die sie noch schriftlich einreichen wird (als Anlage zum Protokoll beigefügt). Dabei geht es um Radwege und die Verbesserung des ÖPNV. Als Stichworte für umgesetzte Maßnahmen könnten hier die Weiterplanung des Altstadtradweges und die neuen Schnellbuslinen genannt werden. Wünschenswert wäre jedoch auch die Weiterführung der Veloroute über den Auweidenweg und eine Ausweitung des ÖPNV in der Wedeler Innenstadt. Vielleicht könne auch mit den Verkehrsbetrieben gesprochen werden, ob es Schulungen für Busfahrer*innen zum lärmreduzierenden Fahren geben könnte. Wünschenswert wäre, eine Routine zur Überprüfung der Umsetzung der Maßnahmen vor der nächsten Evaluation einzuführen.

Frau Kurzhals bestätigt, dass die Umsetzung der Maßnahmen auch immer eine Frage des finanziellen Spielraumes ist. Beim ÖPNV sei die Stadt von den Verkehrsbetrieben abhängig, wenn über deren Planung hinaus Buslinien eingerichtet werden sollen, muss die Stadt Wedel diese finanzieren. Daher wurden hauptsächlich Maßnahmen aufgeführt, die mit wenig finanziellen Mitteln einen größeren Effekt erzielen (z.B. Tempo 30) und / oder durch das Mobilitätskonzept bereits beschlossen wurden. Alle Anmerkungen werden aufgenommen und an das Büro weitergegeben.

Die Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen bitten zu prüfen, ob ein Versuchsprojekt wie der Ringbus in Rissen auch in Wedel ausprobiert werden kann.

Die CDU-Fraktion bezweifelt, dass sich eine solche Buslinie für ein Unternehmen rentiert. Allerdings planen die Verkehrsbetriebe die Umstellung auf Elektromobilität, dies könnte

Lärm reduzieren. Insgesamt gebe es viele gute Ansätze, nun müsse geprüft werden, wie eine Umsetzung gelingen kann.

Die FDP-Fraktion fragt, inwieweit die Querungshilfe am Caudryplatz zu den Maßnahmen gehöre und welchen Effekt eine Baulückenschließung Rosengarten habe.

Frau Kurzhals erläutert, dass im Bereich von Baulücken der Lärm sich in die Tiefe ausbreite und dadurch mehr Menschen betroffen seien.

Herr Grass berichtet, dass die Verwaltung sich nach wie vor um die Bedarfsampel am Caudryplatz bemüht, aber der Landesbetrieb Verkehr dies noch ablehnt. Insgesamt gehöre diese Querung zur Förderung der Fuß- und Radwege. Die Vorplanung für den Ausbau des Auweidenwegs war bereit vor gut 4 Jahren angedacht, leider gab es damals keine politische Mehrheit im UBF.

Die SPD-Fraktion unterstützt die geplanten Maßnahmen und insbesondere die Einrichtung von Tempo-30-Bereichen. Wünschenswert sei eine Darstellung, welche Maßnahmen wie umgesetzt werden könnten.

Die Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen gibt eine an sie gerichtete Frage weiter, ob man etwas bezüglich der Lärmspitzen in Bezug auf Motorräder machen könne. Der Vorsitzende merkt an, dass dies häufig durch nicht regelkonforme Krafträder entstehe.

Frau Römer fragt, ob die Fahrzeuge gezählt oder nur berechnet wurden. Es sei verwunderlich, dass der Aktionsplan zwar auf der Lärmkartierung beruhe, diese aber keine Berechtigung für Forderungen hergeben soll. So sei die Holmer Straße im Bereich Fährenkamp rot, weil der Lärm sich verflüssige. Es müsse möglich sein, daher dort eine Geschwindigkeitsbegrenzung zu fordern. Zumal auch die Linienbusse dort zu schnell fahren und beim Abbremsen von 80 km/h auf 60 km/h zusätzlichen Lärm verursachen würden.

Frau Kurzhals erläutert, dass nie ganz verhindert werden kann, dass Menschen innerhalb einer bestimmten Geschwindigkeitsbegrenzung zu schnell fahren. Für die Landstraße sei der Landesbetrieb Verkehr zuständig. Es gäbe Zählungen, auf denen die Kartierung beruhe, leider konnten auf Grund der Fristen teilweise nicht alle aktuellsten Zahlen aus dem Mobilitätskonzept berücksichtigt werden. Anhand dieser Zahlen wird anschließend der Lärm berechnet, hierbei wird auch berücksichtigt, wie viele Menschen betroffen seien. Der Seniorenbeirat merkt an, dass im innerstädtischen Bereich sehr viele von Lärm betroffene Menschen leben. Daher sollte erst dieser dichter besiedelte Innenbereich im Fokus stehen und betrachtet werden, bevor man sich um den Außenbereich kümmert.

Anlage 1 Lärmaktionsplan IV Rückmeldung

7 Städtebauliche Sanierungsmaßnahme "Stadthafen Wedel"

7.1 Mündlicher Sachstandsbericht der Verwaltung

Herr Grass berichtet, dass Anfang April mit dem 2. Bauabschnitt der Freianlage der Ostpromenade begonnen wird. Auf Nachfrage bestätigt er, dass alle Maßnahmen im Zeitplan liegen.

8 Öffentliche Mitteilungen und Anfragen

8.1 Bericht der Verwaltung

Zur Erarbeitung des Wohnungsmarktkonzeptes und der baupolitischen Grundsätze empfiehlt die Verwaltung eine Einberufung der AG Wohnungswirtschaftlicher Dialog. Kurzfristig ist auch ein Antrag der SPD-Fraktion eingegangen, der das gleiche Ziel verfolgt. Eventuell sei es sinnvoll, den Titel der AG zu vereinfachen, z.B: in AG Wohnen.

Die Arbeitsgruppen liegen in der Verantwortung der Politik, für diese AG hat der Planungsausschuss die Federführung, auch wenn der Sozialausschuss auch beteiligt wurde. Zum Auftakt sollte beide Bereiche zusammenkommen, im Verlauf wären auch teilweise getrennte Sitzungen vorstellbar. Die Empfehlung der Verwaltung wäre es, kurzfristig im Mai eine erste Sitzung einzuberufen, um die Bearbeitung der beiden Themen zu beginnen.

Die FDP-Fraktion unterstützt eine zügige Einberufung der AG.

Die WSI-Fraktion erinnert daran, dass eigentlich weniger Arbeitsgruppen und mehr öffentliche Diskussionen gewünscht wurden. Möglicherweise wäre eine gemeinsame öffentliche Sondersitzung beider Ausschüsse vorstellbar. Auch die Beiräte müssten berücksichtigt werden.

Die SPD-Fraktion bestätigt, dass laut ihrem Antrag auch die Beiräte an der Arbeitsgruppe teilnehmen sollen.

Herr Grass berichtet, dass in den früheren Sitzungen dieser Arbeitsgruppe der Seniorenbeirat immer beteiligt war. Es spricht aus Sicht der Verwaltung auch nichts gegen die Einladung eines Vertreters / einer Vertreterin aller Beiräte.

Die Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen dankt für die übersendete Synopse. Es sollte den Vertreter*innen der Beiräte dann allerdings auch die Kommunikation in ihr Gremium ermöglicht werden.

Der Jugendbeirat erinnert an den Beschluss des Planungsausschusses von September 2023, dass der Jugendbeirat in allen AGs zu beteiligen sei.

Frau Römer möchte auch als Ratsfrau beteiligt werden, daher sollten eher mehr Mitglieder in der AG vertreten sein.

Die CDU-Fraktion spricht sich gegen eine Zusammenlegung beider Ausschüsse aus, erfahrungsgemäß würden zu viele Menschen eher weniger Ergebnisse bringen. Für die Einladung der Beiräte sei man aber offen. Die Arbeitsgruppen würden nicht die Mehrheitsverhältnisse im Rat oder den Ausschüssen abbilden, dies werde jedoch akzeptiert, wenn alle Fraktionen gleichmäßig vertreten seien.

Herr Grass erläutert, dass bisher 2 Mitglieder pro Fraktion vertreten waren, eins aus dem Bereich Planung, eins aus dem Bereich Soziales. Diese sind für den Transport der Informationen in die Fraktionen verantwortlich und bringen deren grundsätzliche Interessen in die Diskussion. Beschlüsse können keine gefasst werden.

Der Seniorenbeirat bedankt sich, dass die Beiräte beteiligt werden sollen. Es müsste jedoch auch die Diskussion in öffentlicher Beiratssitzung freigegeben werden.

Die WSI-Fraktion findet die Argumente nachvollziehbar. In der AG Mobilität wurde die negative Erfahrung gemacht, dass viel vorgearbeitet wurde und man letztlich mit Informationen überschüttet wurde. Wenn in der AG Wohnen die Politik, die Beiräte und die Verwaltung diskutieren, wo Wedel hinwill und was es braucht, muss überlegt werden, wie auch öffentlich diskutiert werden kann.

Die CDU-Fraktion fragt nach den Abständen der möglichen Termine.

Herr Grass meint, dass die Politik in dem ersten Treffen vereinbaren müsse, wie oft man sich treffen wolle und ob z.B. auch getrennte Termine zwischen Planung und Soziales Sinn machen. Zwei große Themen stünden auf der Agenda. Das Wohnungsmarktkonzept zum generellen Thema Wohnen und die baupolitischen Grundsätze. Hier habe die Synopse bereits gezeigt, dass vieles, was die Stadt Schenefeld jetzt verabschiedet hat, in Wedel bereits vorhanden ist. Wichtig sei zunächst, die Themen und der Umgang mit den Ergebnissen in der Arbeitsgruppe zu verabreden. Es müsse eine vertrauensvolle Atmosphäre entstehen, damit nicht die Beratungen (ohne Rückkopplung in den Fraktionen und politischen Beschluss) direkt in der Presse wären. Vermutlich würden Termine 2-3-mal pro Jahr ausreichen, zumal die Termindichte der politischen Vertreter*innen hoch sei.

Die SPD-Fraktion weist darauf hin, dass sie vierteljährliche Treffen beantragen wird. Frau Römer regt erneut an, angesichts des größeren Rates die Mitgliederzahl zu erweitern. Die FDP-Fraktion unterstützt die Ansicht der CDU, dass die Arbeitsgruppe nicht zu groß sein sollte, um gute Ergebnisse zu erzielen. Wichtig sei die Weitergabe der Informationen. Herr Grass erinnert daran, dass die Entscheidung hierüber beim Planungsausschuss liegt, der dies bisher konstruktiv zum Wohle der Stadt entschieden hat.

Die CDU-Fraktion regt an, analog zum UBF, bei größeren Projekten über einen runden Tisch nachzudenken.

8.2 Anfragen der Politik

Frau Römer bittet um einen Termin mit dem LBV.

Herr Grass verweist auf den zuständigen Fachdienst Bauverwaltung und öffentliche Flächen und den UBF.

8.3 Sonstiges

Es werden keine weiteren Anfragen gestellt.

Anschließend bedankt sich der Vorsitzende bei der Öffentlichkeit und schließt diese für die Beratung der nichtöffentlichen Tagesordnungspunkte aus.

Öffentlicher Teil

11 Unterrichtung der Öffentlichkeit

Die Vorsitzende stellt die Öffentlichkeit wieder her, im nichtöffentlichen Teil wurden keine Beschlüsse gefasst.

Anschließend bedankt sich der Vorsitzende bei den Anwesenden und schließt die Sitzung.

Vorsitz:	Protokollführung:
gez. Baars	gez. Matthies
Gerrit Baars	Katrin Matthies